

DER STACHEL

EXTRA

ZEITSCHRIFT DES JUSO-KREISVERBANDES RENDSBURG-ECKERNFÖRDE



27. September 2009
Bundes- und Landtagswahl



Zeit, dass sich was dreht!

Aufgepasst

Weise Worte.

Seite 3

Deine Wahl

Was geht?

Seite 4-5

**Progressiv.Dynamisch.
Links.**

Manifest 09

Seite 6-11

Wahlalter

Schluss mit der Bevormundung!

Seite 12-13

Sönke Rix

Juso in Berlin

Seite 13-15

Bildung für alle!

Chancengleichheit an Uni

Seite 16-17

Klimaschutz

Nicht mit AKWs!

Seite 18-19

Landtagskandidaten

Martin, Kai, Ralf und Ulf

Seite 20-23

Impressum



Herausgeber:

Juso-Kreisverband
Rendsburg-Eckernförde,
Thomas Stegemann
(V.i.S.d.P.),
Kleiner Kuhberg 28-30,
24103 Kiel,
www.jusos-rd-eck.de

Chefredaktion:

Götz Borchert,
(goetz@jusos-rd-eck.de)

Redaktion:

Elena Pieper,
Thomas Stegemann
(stachel@jusos-rd-eck.org)

Layout:

Tobias Seidel
(jusos@tobiaseidel.eu)

Auflage:

7500

Druck:

Schreiber Druck,
Feldstraße 7, 24105 Kiel



Liebe Leserinnen und Leser,

am 27. September findet die Bundestagswahl statt. Dies ist schon länger bekannt. Relativ neu aber ist, dass am gleichen Tag nun auch in Schleswig-Holstein ein neuer Landtag gewählt wird.

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten aus Rendsburg-Eckernförde begreifen dieses Datum als Chance, Schleswig-Holstein und Deutschland sozialer zu gestalten und damit auch positive Effekte für unsere Region zu erzielen.

Derzeit werden wir in Land und Bund von zwei Großen Koalitionen regiert, deren Arbeit wir Jusos häufig sehr kritisch begleitet haben. Wir sprechen uns gegen eine Fortführung der Bündnisse aus und hoffen, dass es nach den Wahlen deutliche, regierungsfähige linke Mehrheiten im Bundes- und Landtag gibt.

In dieser STACHEL-Sonderausgabe zu den Wahlen am 27. September möchten wir einige unserer politischen Positionierungen darstellen. Wir stellen euch aber auch einige Kandidaten - inklusive der SPD-Spitzenkandidaten Frank-Walter Steinmeier und Ralf Stegner - vor.

Also: Geht auf jeden Fall wählen! Bei den Wahlen am 27. September habt ihr insgesamt 4 Stimmen. Zwei für die Bundestagswahl und zwei für die Landtagswahl. Die erste Stimme von beiden gebt ihr jeweils einem der Kandidaten in eurem Wahlkreis. Die Person, die im Wahlkreis die meisten Stimmen bekommt, wird dann direkt in das Parlament gewählt. Die zweite Stimme bei beiden Wahlen gebt ihr einer Partei. Das Stimmenverhältnis der Parteien bestimmt dann auch die Sitzverteilung in den Parlamenten und damit die Chancen einer Regierungsbildung.

Die nächsten Seiten sollen euch dabei eine kleine Entscheidungshilfe sein.

Viel Spaß beim Lesen!
Mit roten Grüßen,

Götz Borchert,
STACHEL-Chefredakteur



Thomas Stegemann
Kreisvorsitzender



„Deine doppelte Entscheidung“

Das Jahr 2009, aufgrund zahlreicher Landtags- und Kommunalwahlen sowie den Entscheidungen über die zukünftige Zusammensetzung des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestages schon frühzeitig zum „Superwahljahr“ erklärt, hat alle Chancen, als „Megawahljahr“ in die Geschichte des deutschen Parlamentarismus einzugehen.

Nach öffentlichkeitswirksamen Ereignissen im Landtag von Schleswig-Holstein, die ausdrücklich nicht Gegenstand dieses Beitrages sind, steht für die Wählerinnen und Wähler in Schleswig-Holstein am 27. September nämlich nicht nur die Entscheidung darüber an, wer zukünftig in Berlin regiert; auch der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein muss durch den zu wählenden Landtag nun neu bestimmt werden.

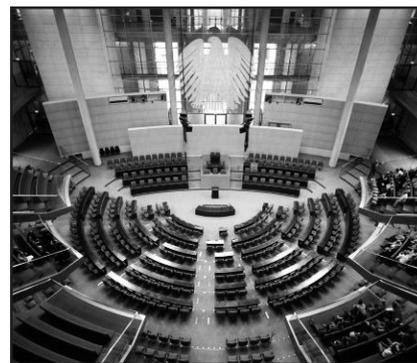
Diese „doppelte Entscheidung“ wird vielleicht gerade diejenigen von euch verwirren, die am 27. 9. zum ersten Mal an einer Wahl teilnehmen, doch der folgende Beitrag zeigt: Zwischen den beiden Wahlen gibt es mehr Gemeinsamkeiten als man zunächst denkt. Natürlich ist der Landtag an der Kieler

Förde um einiges kleiner als das Reichstagsgebäude in Berlin, in dem die Sitzungen des Bundestages stattfinden. Insgesamt 69 Landtagsabgeordnete entscheiden normalerweise über die Geschicke des nördlichsten Bundeslandes, während es in Berlin fast 600 sind. Schleswig-Holstein ist in 40 Wahlkreise aufgeteilt, von denen vier im Kreis Rendsburg-Eckernförde liegen. Du wählst den Direktkandidaten (wie der Wahlkreisbewerber auch genannt wird) mit deiner Erststimme. Über die Zweitstimme werden die übrigen Sitze im Landtag verteilt.

Im Fall der Bundestagswahl ist die Deutschlandkarte in 299 Wahlkreise unterteilt. Du entscheidest aber auch hier mit Deiner Erststimme, wer nach dem Gewinn der relativen Stimmenmehrheit als direkt gewählter Abgeordneter deine Interessen in Berlin vertritt. Jedoch ist in diesem Fall der Kreis Rendsburg-Eckernförde (mit Ausnahme der Gemeinden Altenholz und Kronshagen) ein zusammenhängender Wahlkreis.

Verwirrend ist möglicherweise auch, dass die Spitzenkandidaten der Parteien, über die in den

Zeitungen und im Fernsehen am meisten berichtet wird, auf den Wahlzetteln nur schwer oder gar nicht zu finden sind. Das ist jedoch kein Druckfehler, sondern hängt mit dem bei Bundestags- und Landtagswahlen angewendeten Wahlsystem zusammen. Du bestimmst im Fall der Bundestagswahl, wie erwähnt, zunächst „nur“ den Wahlkreisabgeordneten sowie die



Landesliste der Parteien. Zur Wahl des Bundeskanzlers, die im Grundgesetz in Artikel 63 geregelt ist und erst nach der Konstituierung des neuen Parlaments erfolgt, braucht der zukünftige Bundeskanzler dann gemäß der Verfassung „die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages“.

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident wird ebenfalls nicht direkt von der Bevölkerung gewählt. Seine Wahl erfolgt gemäß Artikel 26 Abs. 3 der Landesverfassung durch die Stimmen der Mehrheit

der Landtagsabgeordneten, jedoch finden sich immerhin die Spitzenkandidaten der Parteien auf deinem Stimmzettel. Sie stehen jeweils auf Platz 1 der Landesliste der Parteien, über die du mit deiner Zweitstimme entscheidest.

In der notwendigen Kürze dieses Beitrages ist es kaum möglich, auf alle Feinheiten und Konsequenzen der Wahlhandlung einzugehen. Nutze die kommenden Tage und Wochen, in denen die Parteien für ihre Kandidaten und Programme werben als Gelegenheit, dich noch mehr mit den anstehenden Wahlen zu beschäftigen. Mit deiner Entscheidung am 27. September hast du die Möglichkeit auf wichtige Fragen deiner persönlichen Zukunft wie beispielsweise die Sicherung von Arbeitnehmerrechten, die gerechte Finanzierung des Bildungssystems oder eine sichere Energieversorgung Einfluss zu nehmen. Auch wenn die eingangs erwähnte Vielzahl der Wahlen und die Wahlverfahren zu den Parlamenten zunächst eher abschreckend und kompliziert wirken mögen, so hast du mit deinem Wahlrecht eine Chance, die vielen Menschen in großen Teilen der Welt verwehrt wird – Nutze sie!

Johann Eggert

"Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt darauf an, sie zu verändern." - Karl Marx

Wir JungsozialistInnen Rendsburg-Eckernförde sehen die anstehenden Wahlen zum Bundes- und Landtag in Schleswig-Holstein als Chance an, progressive Projekte und Ideen in der Politik hervorzuheben und in die Realität umzusetzen. Dieses Manifest soll einen kurzen Überblick über unsere Forderungen geben.



Bildung!

Bildung ist für uns ein Wert an sich, denn sie ermöglicht Emanzipation. Sie darf nicht der Verwertungslogik der kapitalistischen Produktionsweise ausgeliefert werden, sondern muss ein Gut sein, das allen zur Verfügung steht. Deshalb muss Bildung frei zugänglich und den individuellen Bedürfnissen anpassbar sein.

Deshalb muss die Gemeinschaftsschule zur einzigen Schulform werden, da nur sie integratives Lernen ermöglicht. Die Schulen müssen in Form der gebundenen Ganztagschulen organisiert sein. Das Einsparprojekt Profiloberstufe muss wieder abgeschafft und durch ein flexibles Kurssystem ersetzt werden. Mit diesen Reformen einhergehend muss auch die Ausbildung der Lehrkräfte erneuert und verbessert werden.

Keine Studiengebühren!

Ein Hochschulstudium trägt zur Selbstermüdung bei und muss deshalb möglichst vielen Menschen zugänglich gemacht werden. Wir kämpfen weiterhin für gute und gerechte Studienbedingungen und lehnen Studiengebühren daher in jeder Form ab! Gleichzeitig muss über Bafög-Erhöhungen mehr jungen Menschen, auch aus einkommensschwachen Familien, ein Studium ermöglicht werden. Gute Studienbedingungen müssen auch für Studierende mit Kind, Arbeit oder Ehrenamt geschaffen werden. Teilzeitstudiengänge, mehr Flexibilität statt Verschulung, freier Zugang zu Master-Studiengängen und der Kampf gegen die Ökonomisierung der Hochschulen sind dafür unverzichtbar.



Gleichstellung jetzt!

Entgegen der weit verbreiteten Meinung, für die Gleichstellung der Frau sei genug getan worden, stellen wir fest: Unsere Gesellschaft ist nach wie vor von männlichen Herrschaftsverhältnissen geprägt. Die Frauenerwerbsquote ist bei gleichen Bevölkerungsanteilen von Männern und Frauen niedriger, die Teilzeitquote dafür umso höher und Frauen verdienen bei gleicher Arbeit durchschnittlich 22% weniger als Männer. Nach wie vor übernehmen Frauen den größten Anteil der Familienarbeit alleine.

Wir Jusos fordern deshalb:

- die Gleichstellung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt!
- die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich!
- gleiche Anteile an der Familienarbeit von Männern und Frauen!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetzesregelungen, die ein anachronistisches bürgerliches

Familienbild fördern und Frauen an Teilzeitarbeit und Hausfrauendasein fesseln (z.B. das Ehegattensplitting)!

Alle anders, alle gleich!

Es genügt nicht, eine nach außen hin tolerante und offene Gemeinschaft zu sein! In Artikel 2 des Grundgesetzes sind LGBT-Rechte (lesbian, gay, bisexuell, transgender) noch immer nicht fest verankert. Auch zeigt sich regelmäßig, dass die Akzeptanz von nicht-Heterosexualität mehr als gering ist. Dies ist für uns ein inakzeptabler Zustand!

Wir fordern:

- die Aufnahme von LGBT-Rechten ins Grundgesetz!
- durch Aufklärung für eine breite Akzeptanz jeder sexuellen Orientierung zu sorgen!
- die Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe!
- Adoptionsrecht für eingetragene Lebenspartnerschaften!

Vermögenssteuer jetzt!

Angesichts der fatalen Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der immer weiteren Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich brauchen

DAS MANIFEST DER

wir mehr Einnahmen des Staates, die zum einen den Spielraum für Zukunftsinvestitionen sichern und zum anderen die ungerechte Umverteilungspolitik der letzten Jahre rückgängig machen. Deshalb ist es an der Zeit, die Vermögenden durch die deutliche Anhebung des Spitzensteuersatzes und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer stärker zu belasten. Wir wollen ein progressives Steuersystem!



Sozial is' muss!

Ein menschenwürdiges Leben setzt materielle Absicherung voraus. Mit der momentanen Sozialgesetzgebung werden Menschen, die von Transferleistungen abhängig sind, stigmatisiert und unter Druck gesetzt. Sie erhalten nicht genug Unterstützung, um uneingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Kinderarmut ist zum Normalfall geworden.

Wir fordern deshalb:

- eine sofortige Erhöhung der

SGBII-Regelsätze!

- eigenständige Kinder-Regelsätze statt der Pauschalregelung, das Kinder halb soviel benötigen, wie erwachsene Menschen!
- die Abschaffung von 1€-Jobs!
- die Einstellung von Überwachung und Kontrolle arbeitsloser Menschen, z.B. bei der Kontenüberprüfung!

Arbeit fair teilen!

Massenarbeitslosigkeit ist das zentrale Problem unserer Zeit, denn sie verhindert Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Eine gute Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik darf deshalb nicht auf Wachstum, Arbeitszeitverlängerung und eine Ausweitung des Niedriglohnssektors setzen, sondern muss Arbeit umverteilen. Nur eine Verkürzung der tatsächlichen Arbeitszeit führt zu einer höheren Beschäftigungsquote, ermöglicht gesellschaftliches Engagement, die gleichberechtigte Teilung der Familienarbeit zwischen Mann und Frau und einen individuellen Freiheitsgewinn. Gleichzeitig muss der öffentliche Beschäftigungssektor ausgeweitet werden!

Gute Arbeit und Ausbildung.

Viele Menschen, können von ihrem Lohn nicht leben. Deshalb fordern

wir einen flächendeckenden Mindestlohn. Lohndumping muss abgeschafft werden!



Die gegenwärtige Situation auf dem Arbeitsmarkt lässt den Anteil der Leiharbeit deutlich steigen. Die Risiken, die bei Leiharbeit entstehen, müssen durch bessere Bezahlung ausgeglichen werden. Der so genannte Ausbildungspakt mit der Wirtschaft ist gescheitert! Wir fordern daher die Garantie auf einen Ausbildungsplatz für jeden jungen Menschen.

Asyl ist Menschenrecht!

Menschen die nach Deutschland flüchten, da sie in ihrem Heimatland verfolgt werden, müssen einen besonderen Schutz genießen. Es ist für uns Jusos daher völlig inakzeptabel, dass diesen Menschen weiterhin fundamentale Grundrechte verweigert werden und sie oftmals nach ihrer Flucht gleich wieder eingesperrt werden.

Jusos Rd-Eck

Wir Jusos fordern:

- ein Ende der repressiven Abschiebep Praxis und Schließung der Abschiebeknäste!
- ein faires Asylverfahren für alle Antragsstellenden!
- Sicherung ihrer Grundrechte in Deutschland (z.B. Abschaffung der Residenzpflicht)
- eine menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge und Ende der Lagerunterbringung!
- sichere Fluchtwege in die Bundesrepublik!
- das Recht auf Asyl als allgemeines Menschenrecht!



Für eine Energie der Zukunft

Die marktbeherrschenden Energiekonzerne wollen den überholten heutigen Strommix in der Zukunft fortführen um ihre Marktmacht zu erhalten und ihre Gewinne zu maximieren.

Die Konzentration auf Atom- und Kohlekraft wird den Anforderungen der Zukunft nicht gerecht und verhindert den benötigten Umbau der Stromerzeugung.

Wir brauchen eine Energieerzeugung, die nicht von endlichen Ressourcen abhängt, die die Umwelt sowie die Gesundheit schont und zu einem wesentlichen Teil dezentral erzeugt wird. Die wiederholten Störfälle im Atomkraftwerk Krümmel und anderswo sind keine Einzelfälle. Sie zeigen: Atomkraft ist eine Gefahrentechnologie. Nicht nur in Tschernobyl, auch in Deutschland lässt sich keine ausreichende Sicherheit garantieren. Derzeit sind nur acht der siebzehn deutschen AKWs am Netz, die restlichen sind aus sicherheitstechnischen Gründen nicht einsatzbereit.

Wir Jusos fordern:

- den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomkraft!
- den wirklich konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien!
- den Aufbau einer zu großen Teilen dezentralen Stromerzeugung!

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

In den letzten Jahren lässt sich ein ständiges Anwachsen der Nazi-Szene und ihrer Anhänger beobachten. Immer häufiger marschieren Nazis durch die Straßen und werden dabei von der Polizei geschützt. Die Zahl der

gewalttätigen Übergriffe und Pogrome durch Nazis steigt stetig. Neonazistische Denkformen finden sich



in allen Bereichen der Gesellschaft wieder.

Die Ideologie der Nazis ist in jeder Hinsicht menschenverachtend. Gegen Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und ein revanchistisches Weltbild zu kämpfen, muss daher allerhöchste politische Priorität haben. Wir fordern das Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen, damit die Nazis ihre Aktivitäten nicht auch noch aus Steuergeldern finanzieren können. Antifaschistische Projekte müssen gestärkt werden anstatt staatlichen Repressionen ausgesetzt zu sein!

Kein Überwachungsstaat!

Die Kamera-Überwachung von größeren Plätzen, die Vorratsdatenspeicherung, Internetsperren, der biometrische Pass, oder das Anlegen von Antiterrordateien sind nur die populärsten Beispiele für die

aktuelle Entwicklung von staatlichen Eingriffen in die Privatsphäre der BürgerInnen. Unter dem Vorwand der sicherheitspolitischen Notwendigkeit und der damit geschürten Angst vor Terroranschlägen wird der Überwachungsstaat sukzessiv ausgebaut, um die bestehenden Verhältnisse abzusichern.

Wir fordern:

- ein Ende des schleichenden Ausbaus des Überwachungsstaates!
- Keine Eingriffe in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger!

• Sicherheit darf nicht mit dem Preis der persönlichen Freiheit bezahlt werden!

Zwangsdienste abschaffen!

Kein Mensch darf gegen seinen Willen zu einer Tätigkeit gezwungen werden, die er oder sie nicht ausführen möchte.

Wir fordern:

- die Abschaffung der Wehrpflicht und aller anderen Zwangsdienste!
- die Amnestierung aller bisherigen Totalverweigerer!

Jusos in deiner Umgebung

www.jusos-rd-eck.de

Kreisverband

Thomas Stegemann
thomas@jusos-rd-eck.de

Altenholz und Umgebung

Sina Marie Weiß
sina.marie.weiss@gmx.de

Bordesholm

Fabian Stegner
fabianstegner@yahoo.de

Eckernförde

Torben Küßner
torbenkuessner@gmx.de

Gettorf und Umgebung

Tim Witte
gettorf@jusos-rd-eck.org

Kronshagen

Lasse Mempel
lassemempel@gmx.de

Rendsburg / Umland

Marlon Kruse
marlonkruse@spd-online.de

Nortorf

Moritz Deutschmann
ritzmo@jusos-rd-eck.org

Wahlaltersenkung sofort!



In einer Demokratie darf jeder Mensch wählen. Dieser einfache Satz klingt überzeugend, ist aber leider von der Realität weit entfernt. Denn in der Bundesrepublik und im Bundesland Schleswig-Holstein darf nur wählen, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat. Im Folgenden sei, anhand der drei gängigsten Vorurteile, dargestellt, wieso diese Grenze völlig willkürlich und kontraproduktiv ist.

„Mit 16 ist das Wissen über Politik noch nicht groß genug“

Das Wahlrecht ist nicht an eine Wissensbescheinigung gebunden, sonst müsste auch so mancher Mensch, der das 18. Lebensjahr vollendet hat sein Wahlrecht verlieren. Außerdem haben viele 16-Jährige ein größeres Verständnis für politische Vorgänge als so manche 18-Jährige.

„Jugendliche sind leicht manipulierbar“

Manipulierbar sind bis zu einem gewissen Grad alle WählerInnen, sonst würde nicht so viel Geld für Wahlwerbung ausgegeben werden. Jugendliche haben aber den Vorteil, dass sie mit den Massenmedien besser vertraut sind und daher nicht so anfällig sind.

„Jugendliche wollen gar nicht wählen“

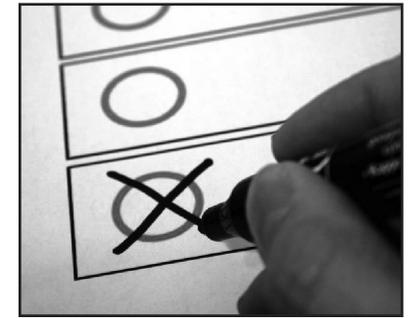
Das sehen die Jugendlichen, etwa im österreichischen Burgenland scheinbar anders (Wahlbeteiligung der 16- bis 18-jährigen betrug über 80%).

Jugendliche wollen wählen, um sich Gehör verschaffen zu können.

Politik von Heute bestimmt die Zukunftschancen von Morgen, daher ist es unverständlich warum die Hauptbetroffenen aus dem politischen Geschehen ausgeschlossen werden. Ihre Bedürfnisse und Anliegen würden mit einem Mal entsprechend ernster genommen werden.

Wählen mit 16 ist eine Notwendigkeit!

Gerade mangelnde Mitbestimmungsmöglichkeit und jugendfeindliche Politik schafft Politikverdrossenheit bei den Jugendlichen. Hat die Jugend die Möglichkeit ihre Wünsche, Bedürfnisse und Ideen umzusetzen, ist sie sehr wohl bereit, sich politisch zu engagieren. In anderen Ländern zeigt sich, dass die Senkung des Wahlalters zu einer Politisierung der Jugendlichen geführt hat. Dies kann der



Gesellschaft nur gut tun, denn letztendlich führt eine Politisierung der Jugendlichen dazu, dass sich die Gesellschaft auch in Zukunft weiter mit politischen Fragen auseinandersetzt.

Thomas Stegemann

„Mischt euch ein!“

Sönke Rix, 33 Jahre alt, sitzt seit 2005 im Deutschen Bundestag und arbeitet dort im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Am 27. September möchte er den Wahlkreis 04, Rendsburg-Eckernförde, direkt gewinnen.

STACHEL: *Vier Jahre Bundestag liegen hinter dir. Deine Bilanz?*

Sönke: In einer Koalition gibt es natürlich keine reine SPD-Politik. Aber immerhin: Der Einstieg in Mindestlöhne ist geschafft, die Kopfpauschale ist verhindert und wir haben den Atomausstieg verteidigt – um nur ein paar Beispiele zu nennen. Ich finde, die Große Koalition war nicht so schlecht wie ihr Ruf. Gerade in meinem Fachbereich, der Familienpolitik haben wir viel geschafft, z. B. den Krippenplatzausbau und das Elterngeld. Ohne die SPD wäre Frau von der

Leyen in der CDU kläglich gescheitert. Schlecht finde ich allerdings die Gesundheitsreform – obwohl wir die Kopfpauschale verhindern konnten! Uns trennen auf diesem Feld Welten von der Union. Eine Große Koalition kann da nichts Gutes hervorbringen.

STACHEL: *Wie hat sich dein Leben verändert?*

Sönke: Ich bin mindestens 22 Wochen im Jahr in Berlin – da ist es nicht einfach, die alten Freundschaften zu halten. Ich habe ein paar graue Haare bekommen und

bin etwas zu klein für mein Gewicht. Aber ich kann politisch mehr bewegen, als im Ehrenamt. Darum geht es ja schließlich.

STACHEL: *Du beschäftigst dich auch mit dem Thema Rechtsextremismus. Was muss da getan werden? Wie stehst du zum NPD-Verbot?*

Sönke: Bekämpfung von Rechtsextremismus fängt ganz früh an. Eine gute Bildung schützt am meisten davor, den Rattenfängern auf den Leim zu gehen. Konkret müssen demokratische Strukturen schon in der Schule gestärkt, rechtsextreme Strukturen müssen überall geschwächt werden. Das heißt auch, dass wir die NPD verbieten müssen!

STACHEL: *In deinen Aufgabenbereich fällt auch der Zivildienst, ebenso die Freiwilligendienste. Was hast du hier erreicht. Wie siehst du diese Bereiche in Zukunft?*

Sönke: Wir haben es geschafft, die Mittel für das freiwillige soziale Jahr zu erhöhen und wir haben den Zivildienst zum Lerndienst weiterentwickelt. Beide Bereiche müssen aber inhaltlich noch interessanter gemacht werden. Beim Freiwilligendienst gibt es außerdem steuerrechtliche Probleme

für die Dienststellen. Das gehen wir in der nächsten Legislaturperiode an.



STACHEL: *Deine Position zur Wehrpflicht?*

Sönke: Die Wehrpflicht sollte abgeschafft werden. Was Wehrpflichtige während ihrer Dienstzeit lernen können, entspricht schon lange nicht mehr den Anforderungen an eine moderne Armee. Außerdem gehört zu einer Wehrpflicht ein Mindestmaß an Gerechtigkeit. Das ist schon lange nicht mehr der Fall.

STACHEL: *Du hast den Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht zugestimmt. Warum?*

Sönke: Ich habe der Verlängerung des OEF-Mandats (Operation Enduring Freedom im Süden von Afghanistan, die Redaktion) nicht

zugestimmt, da ich es für völkerrechtlich nicht einwandfrei halte. Wachsende Zweifel habe ich auch an den ISAF-Einsätzen, die hauptsächlich im Norden Afghanistans stattfinden. Ich finde, für das Vorgehen in Afghanistan fehlt ein schlüssiges Konzept. Ich bin aber nicht generell gegen Auslandseinsätze. Ich habe z. B. den Einsätzen in Darfur und dem Kongoeinsatz zugestimmt.

STACHEL: *Wie stehst du zur Einschränkung von Bürgerrechten, wie sie in der Vergangenheit, begründet durch die Innere Sicherheit, häufig vorkamen?*

Sönke: Gesetzen, die darauf abzielten, die Bürgerrechte einzuschränken, habe ich überwiegend nicht zugestimmt. Darunter ist z. B. das so genannte BKA-Gesetz. Meiner Meinung nach muss der Zweck eines Gesetzes auch die Einschränkung der Bürgerrechte rechtfertigen. Dies konnte ich z. B. bei der Vorratsdatenspeicherung nicht feststellen.

STACHEL: *Der wichtigste Grund für junge Menschen, dich zu wählen?*

Sönke: Ich freue mich schon, wenn sie überhaupt zur Wahl gehen. Die Wahlbeteiligung ist ja

nicht gerade prickelnd. Mischt Euch ein! Überlasst nicht anderen die Entscheidungen!

Tja, und zu mir: Ich will nicht mit meinem Alter werben. Jung zu sein ist kein Qualitätsmerkmal. Aber ich glaube schon, dass ich noch einen ganz guten Zugang zu jungen Menschen finde. Oft merke ich im Bundestag auch, dass junge Abgeordnete eher in der Lage sind, über die Parteigrenzen hinaus anständig miteinander zu „schnacken“ – ohne parteipolitische und ideologische Scheuklappen. Ausnahmen gibt's da natürlich auch, manche sind im Kopf so alt, die gehören eigentlich aufs Altenteil geschickt.

Wichtiger als Personen sind aber Inhalte. Die SPD hat die jungen Menschen immer ernst genommen: Gebührenfreie Bildung bis hin zum kostenfreien Studium, BAFöG, Wahlalter 16, effektiver Jugendschutz – um nur ein paar Beispiele zu nennen. Das ist SPD pur!

STACHEL: *Vielen Dank, Sönke!*

*Mit Sönke Rix sprach
Götz Borchert.*

Für eine linke und solidarische Bildungspolitik!

Die Juso-Hochschulgruppe Kiel ist der Sieger der diesjährigen Uni-Wahlen. Die Inhalte der HSG spielen auch bei den Wahlen am 27. September eine Rolle.

Die Juso-Hochschulgruppe setzt sich an der CAU bereits seit Jahrzehnten mit solidarischer und linker Politik erfolgreich für die Interessen von Studierenden ein. Bildung muss für alle Menschen frei zugänglich sein. Deshalb setzen wir uns in erster Linie für Chancengleichheit und materielle Absicherung des Studiums ein. Die Prämissen gelten aber auch für die Bildungspolitik insgesamt.

Studiengebühren verhindern!

Wir lehnen Studiengebühren in jeder Form ab. Gleichzeitig sehen wir die Notwendigkeit über BaföG-Erhöhungen und mehr Stipendien mehr jungen Menschen ein Studium zu ermöglichen. Besonders dann, wenn sie aus einkommensschwachen Familien stammen. Für ein starkes BaföG steht im Bund die SPD, für ein gebührenfreies Studium im Land die SPD.

Gegen den Overload deines Workload:

Es ist unerlässlich, dass neben dem Studium noch Zeit für soziale

Kontakte, Familie, Arbeit und auch für ehrenamtliches Engagement bleibt. Im Rahmen der Bologna-Reform ist dies viel zu kurz gekommen. Wir setzen uns für mehr Freiheit im Studium ein – und gegen den Kontrollwahn in Form von Anwesenheitspflicht und Überwachung. Auch die SPD hat dieses Problem erkannt. Der Bachelor soll nach Willen der Sozialdemokratie auch in mehr als sechs Semestern studiert werden können.

Master für alle!

Mit dem Bachelorabschluss muss einem auch das Masterstudium offenstehen – alles andere ist ungerecht und verbaut vielen jungen Menschen Zukunftschancen. Alle müssen aber auch ihren Magister, ihr Staatsexamen oder ihr Diplom ohne Probleme zu Ende studieren können. Dieser Forderung hat sich auch SPD-Generalsekretär Hubertus Heil angeschlossen.

Dein Kind gehört zum Campus:

Studierende mit Kind müssen stärker gefördert und unterstützt

werden. Wir wollen das Studieren mit Kind beispielsweise durch mehr kostenlose Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Teilzeitstudiengänge erleichtern. Teilzeitstudiengänge stehen auch bei der SPD im Programm.

Dein Professor wird zur Frau:

Die Gleichstellung der Geschlechter ist auch an unserer Uni bisher nur ein Lippenbekenntnis. Frauenförderung muss endlich konsequent stattfinden. Eine Professorinnen-Quote muss eingeführt werden. Auch wenn die SPD soweit noch nicht gehen möchte, die Stoßrichtung haben wir gemeinsam.

Frei – Räume schaffen!

Wir setzen uns mit Nachdruck für die Einrichtung studentischer Räume ein. Diese Räume sollen von den Studierenden selbst verwaltet werden. Dazu gehören für uns Gemeinschaftsräume sowie studentische Cafés und Kneipen. Die studentische Freiheit möchte auch die Partei erhöhen, beispielsweise durch die Unterstützung des Landes bei der Einführung eines landesweiten Semestertickets.

Allgemeine Bildungspolitik:

Weiterhin muss in der Bildungspolitik der Ausbau von Gemeinschaftsschulen vorangetrieben werden. Längeres gemeinsames Lernen wird die Chancengleichheit in der Bildung ausbauen, ebenso die Erweiterung von Ganztagschulen. Kostenfreie Bildung von der Krippe bis zur Uni muss es heißen. Dazu gehört, dass zunächst alle drei Kindergartenjahre beitragsfrei werden und kein Kind ohne Mahlzeit in die Schule geht. Bildung ist unsere wichtigste Zukunftsressource, hier zu sparen, wäre fatal.

Götz Borchert
Geschäftsführer der Juso-HSG Kiel



Wir bleiben dabei - AKWs abschalten!
Warum Atomkraft keinen Klimaschutz bedeutet!

Keine Frage, der Klimawandel ist Realität. Dass jedoch die ignoranten Politiker von gestern, die jeden wissenschaftlichen Beleg für eine von Menschen gemachte klimatische Veränderung als Ökospinnerei abgetan haben, sich heute als achso verantwortungsvolle Umweltschützer geben, sollte uns zu denken geben.

dann um die halbe Welt verschifft, um in unseren hiesigen Kraftwerken gespalten zu werden. Nach der Spaltung geht es dann mit dem Zug ins Zwischenlager. Zwar strömt aus einem AKW kein Rauch (außer wenn mal wieder ein Trafo kaputt ist), um die gesamte Versorgungskette am laufen zu halten, wird jedoch eine beträchtliche Menge Energie benötigt, die aus



ehemalige Salzstock nie für die Lagerung von radioaktivem Müll hätte genutzt werden dürfen. Das Projekt Endlager scheint auch in Gorleben zu scheitern. Es fehlt an wissenschaftlich fundierten Belegen, die

Das einzige was sicher ist, ist das Risiko!

Die häufigen Notabschaltungen auch von deutschen AKWs, das erhöhte Krebsrisiko im Umkreis und die vielen ungeklärten Fragen machen eine von konservativer Seite angestrebten Laufzeitverlängerung für deutsche AKWs „im Namen von Klimaschutz und günstiger Energieversorgung“ immer unglaubwür-

Atomkraft ist für die CDU Ökoenergie!

So sagte es Ronald Pofalla, CDU Generalsekretär. Zum einen wird das Argument angeführt, dass bei der Gewinnung von elektrischer Energie aus Atomkraft kein CO2 in die Atmosphäre gegeben werde.

Das dieses Argument schlichte Augenwischerei ist wird deutlich, wenn man sich die gesamte Prozesskette anschaut: So wird Uran mit großen Maschinenfahrzeugen in Australien abgebaut,

fossilen Energieträgern stammt. Hierbei werden natürlich auch CO2 und andere schädliche Klimagase ausgestoßen.

Wände brechen, verseuchte Lauge tritt aus – Kein Endlager in Sicht!

In dem Forschungslager für radioaktiven Müll, Asse bei Wolfenbüttel, fließen täglich 12.000 l Salzlauge von außen ein. Selbst das Strahlenschutzamt, seit diesem Jahr Betreiber des Lagers, gibt an, dass der

absichern, dass auch in Jahrhunderten bis Jahrtausenden kein radioaktives Material austreten kann. Die Verantwortlichen bleiben damit schon seit Jahrzehnten der Bevölkerung die Antworten schuldig und kippen den anfallenden Atommüll lieber stillschweigend in alte Salzstöcke. An der Öffentlichkeit vorbei wird so, wie bei der Asse geschehen, aus einem Zwischenlager ein Endlager, weil die Kosten zu groß werden, den radioaktiven Müll auf sicherem Wege zu bergen.

diger. Der Verdacht liegt nahe, dass diejenigen, die heute mit AKWs Geld verdienen, dies auch in Zukunft tun wollen.

Daher: Kein Ausstieg aus dem Atomausstieg! Keine Laufzeitverlängerungen!

Martin Schmelzer



Martin Klimach-Dreger

Die so genannte Weltwirtschaftskrise fordert es nahezu heraus politisch an entscheidender Stelle tätig werden zu wollen. In meinem Falle ist es der Landtag. Für mich ist und bleibt die SPD eine linke Partei. Die SPD Schleswig-Holstein ist traditionell links. Unser Menschen- und

Gesellschaftsbild sieht den Menschen in einem solidarischen, gerechten und freiheitlichen Gemeinwesen. **Im Gegensatz zur CDU und anderen heißt das für uns, dass wir dafür kämpfen, dass alle Menschen den Anspruch haben, ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben führen zu können.** Anspruch und Recht statt Almosen und Gefälligkeit. Dazu gehört auch ein solidarisches Abgabensystem, welches alle Bürgerinnen und Bürger und alle Einkünfte umfasst, damit wir einen beitragsfreien Zugang zu zweckfreier Bildung, einem Menschenrecht, gewährleisten können. Leider sind aber aus der Krise bisher noch nicht die richtigen Schlüsse gezogen worden: Es geht schon wieder weiter und die so genannte Elite zeigt sich verstockt und weiterhin auf puren Eigennutz ausgerichtet. **Die Börse als Zockerparadies muss dringend weltweit reguliert werden**, damit nicht ständig Realkapital dem Kreislauf entzogen werden kann. Dadurch werden Arbeitsplätze gefährdet. Krisen schaden immer den Menschen, die abhängig beschäftigt sind oder dem Mittelstand angehören. Börsenwerte spiegeln nicht die Unternehmenswerte und Arbeitsleistungen wider.

Noch kurz: 1. AKW nee. 2. Alle Menschen müssen sich frei bewegen können. 3. Jeder Mensch muss einen Anspruch gerechte, zum Lebensunterhalt auskömmliche Einkünfte haben.

Persönliches: 53, verheiratet, 2 Kinder (w 19, m 16), 1 Hund – alle gemeinsam wohnhaft in Eckernförde. Nach Abi kaufmännische Ausbildung, dann Betriebswirt. Leiter der Bürgerbegegnungsstätte in Eckernförde. Etliche Jahre Vors. im OV Eckernförde, 2 Jahre KPA-Vorsitzender. Seit 2008 Fraktionsvorsitzender. Erfahrungen als Betriebsrat und Schwerbehindertenvertreter. Vorsitzender des AWO-KV Rd-Eck.

Hobbies: Malerei (fast studiert), Schreiben, Philosophie und Lesen.

Martin Klimach-Dreger

Kai Dolgner



Mein Name ist Kai Dolgner. Ich bin 40 Jahre alt. Ich bin hier aufgewachsen und in Büdelsdorf (Friedrich-Ebert) und Rendsburg (Kronwerk) zur Schule gegangen. Ich war schon in der Schule engagiert, hauptsächlich in der Schülerzeitung und der SV. Meine Motivation haben Jahre später Die Ärzte gut zusammengefasst: "Glaub' keinem, der dir sagt, dass du nichts verändern kannst. Die, die das behaupten, haben nur vor Veränderung Angst."

Ich habe mich dann bei den Jusos engagiert. Wir haben uns für mehr Ausbildungsplätze und ein gerechteres Bildungssystem stark gemacht. Ich habe jahrelang Gedenkstättenfahrten für junge Menschen nach Auschwitz und Zeitzeugengespräche organisiert. Mit 24 Jahren habe ich das erste Mal für den Kreistag kandidiert, dem ich nun seit 15 Jahren angehöre, seit der letzten Wahl als Fraktionsvorsitzender.

Im Landtag möchte ich mich für die **kostenfreie Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule einsetzen**. Ich glaube fest daran, dass die Bildungs- und Entwicklungschancen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein dürfen. Wegen der Finanzkrise mögen viele versucht sein, an der Bildung zu sparen. Davor kann ich nur warnen: Was wir heute bei der Bildung versäumen, verfolgt uns die nächsten 50 Jahre, wenn längst keiner mehr über die Finanzkrise redet.

Leider haben auch viele Ältere in der SPD nur wenig Ahnung vom Internet und deshalb sind viele Gesetze und Vorhaben diesbezüglich schlicht absurd und widersprechen meinem Freiheitsbegriff. Ich bastel' seit 25 Jahren an Computern rum und bin seit 15 Jahren "online" und würde gerne dazu beitragen, dass wir **keinen "virtuellen Überwachungsstaat"** bekommen.

Geht am 27. September wählen! Es ist eure Zukunft. Ihr müsst es hier noch am längsten aushalten!

Kai Dolgner

Ralf Stegner

Weltoffen, gerecht und stark. Sozial und modern. Als Ministerpräsident will ich dafür sorgen, dass unser Land nicht nur oben liegt sondern auch vorne. Dies gelingt uns, wenn wir die Wirtschaft zwischen Nord- und Ostsee so fördern, dass **neue und gute Arbeit** entsteht. Wenn wir die Energiewende ohne Atomkraft hinbekommen. Wenn wir gerecht und klug regieren. Als Ministerpräsident werde ich **Politik für Viele** machen, nicht für Wenige.

Bildung bedeutet Zukunft. Das Portemonnaie der Eltern darf nicht über die Chancen der Kinder entscheiden. Konkret heißt das für mich: gebührenfreier Zugang zu Bildung, vom Kindergarten bis zum Studium. Ich stehe dafür: Ab 2013 sind **alle drei Jahre im Kindergarten beitragsfrei**.

Sozialdemokraten haben den regenerativen Energien in unserem Land zum Durchbruch verholfen. Ich setze weiterhin auf eine nachhaltige **Energie-, Klima- und Umweltschutzpolitik ohne Atomkraft**. Ich will, dass sich Schleswig-Holstein als „Land der neuen Energien“ weiterentwickelt. Eine konsequente Energiewende schafft viele neue Arbeitsplätze. Auch deshalb werde ich als Ministerpräsident regenerative Energien massiv ausbauen, **das AKW Krümmel nicht wieder ans Netz lassen** und eine CO2-Deponierung in Schleswig-Holstein verhindern.

Arbeit mit einem gerechten Lohn, zu guten Bedingungen, mit fairen Aufstiegschancen und Mitbestimmung – so definiere ich „gute Arbeit“. Deshalb werde ich im Bundesrat **gegen das Lohndumping** einen gesetzlichen Mindestlohn beantragen und mich in Berlin für mehr Mitbestimmung und Gleichstellung einsetzen.

Es liegt allein in eurer Hand. Eure Stimme kann euch niemand nehmen. Nutzt am 27. September eure Chance. Ihr habt die Wahl!
Es grüßt euch



www.ralf-stegner.de



Ulf Daude

Möchtest du studieren, ohne Studiengebühren?
Möchtest du eine weitreichende Kinderbetreuung?
Möchtest du gleiche Bildungschancen für alle?
Möchtest du gute Bildungsvoraussetzungen?

Dies alles könnte Wirklichkeit werden, wenn du am 27. September zur Wahl gehst und dort der SPD deine Stimme gibst!

Falls du nicht zur Wahl gehst, entscheiden andere für dich. Damit wertest du nämlich deren Stimmen auf.

Deshalb misch dich ein!

Nutze dein Recht auf Mitbestimmung!

Lass dir nicht einreden, dass deine Stimme nicht zählt!

Ich engagiere mich in der **SPD**, weil es für mich die **Partei der sozialen Gerechtigkeit** ist: **Die Einzige!**

Wir **Sozialdemokraten** setzen uns seit 140 Jahren für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen ein und auch in schweren Zeiten haben wir uns von Ausgrenzungen und Luftschlossparolen ferngehalten. „Gute Bildung für alle!“ ist unser Ziel und wir wollen den Weg zu Einstieg und Aufstieg durch Bildung für alle Menschen ermöglichen.

Im Land der Horizonte darf für die Bildung die Sonne nicht untergehen, deshalb müssen wir Prioritäten setzen und die schleswig-holsteinischen Landesfinanzen zugunsten der Bildung umsteuern.

Verstand, Herz und Engagement müssen der Maßstab für Bildungs- und Lebenschancen sein - **Sonst nichts!**

Wir sehen uns bei der Wahl, dein



www.daude.info



**Wenn du nicht wählst,
macht er es**